

Geschäftsordnung Partei der Humanisten, Landesvorstand Hessen

Die Geschäftsordnung des Landesvorstandes Hessen der Partei der Humanisten wurde am 25.09.2016 im Rahmen der Gründungsversammlung beschlossen.

Präambel

Diese Geschäftsordnung gilt für den Landesvorstand Hessen nach §19 Abs.3 der Landessatzung. Sie regelt die interne Arbeitsweise und die Aufgabenverteilung innerhalb des Landesvorstands.

Definitionen des Begriffs „Mehrheit“

relative Mehrheit:	die meisten positiven Stimmen (z.B. auch nur 20%)
einfache Mehrheit:	mehr als 50% der gültigen abgegebenen Stimmen, Enthaltungen zählen nicht als gültige Stimme
absolute Mehrheit:	mehr als 50% der gültigen, abgegebenen Stimmen, Enthaltungen zählen als gültige Stimme
qualifizierte Mehrheit:	mehr als 75% der gültigen, abgegebenen Stimmen, Enthaltungen werden nicht gezählt

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für alle Geschlechter.

§ 1 Erlass, Änderung, Aufhebung und Bekanntmachung dieser Geschäftsordnung

1. Diese Geschäftsordnung kann durch den Landesvorstand jederzeit geändert oder aufgehoben werden. Eine Beteiligung anderer Organe ist weder vorgesehen noch erforderlich.

2. Die absolute Mehrheit aller Landesvorstandsmitglieder ist für die Beschlussfassung einer Änderung oder Aufhebung erforderlich. Eine Änderung der Geschäftsordnung im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.
3. Die Geschäftsordnung ist wirksam, sobald sie allen Landesvorstandsmitgliedern schriftlich (z.B. in Trello) bekannt gegeben worden ist. Ein neu gewählter Landesvorstand kann diese Geschäftsordnung per Beschluss übernehmen oder eine neue aufsetzen.

§ 2 Allgemeines

1. Alle Landesvorstandsmitglieder wirken gemeinsam an der Führung des Landesverbands der Partei durch Beschlussfassung mit.
2. Der Vorstand führt die Geschäfte des Landesverbandes nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung, den Beschlüssen des Landesparteitags bzw. der Mitglieder-versammlung sowie dieser Geschäftsordnung. Er arbeitet mit den übrigen Organen, Gliederungen und Mitgliedern zum Wohle der Partei vertrauensvoll zusammen.
3. Jedes Vorstandsmitglied hat die Pflicht, den übertragenen Aufgaben (vgl. § 3) nach bestem Wissen und Gewissen nachzukommen. Sollte ein Vorstandsmitglied seinen Aufgaben zeitweise nicht nachkommen können, so informiert es darüber zeitnah den restlichen Vorstand.

§ 3 Interne Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung und Stellvertretung

1. Der Landesvorstand hat intern folgende Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung beschlossen. Der Grundsatz in § 2 Abs. 1 bleibt hiervon unberührt.
2. Der Landesvorsitzende, der stellvertretende Landesvorsitzende und der Schatzmeister führen die Geschäfte des Landesverbandes Hessen der Partei der Humanisten. Sie sind jeweils allein vertretungsberechtigt. Sie können Verträge abschließen, Geschäfte tätigen und Transaktionen durchführen. Finanzrelevante Entscheidungen dürfen nur einvernehmlich mit dem Landesschatzmeister getroffen werden. Sie treffen insbesondere kurzfristige und operative Entscheidungen im Rahmen der übergeordneten Beschlüsse. Der Landesvorstand wird über alle relevanten Entscheidungen zeitnah informiert.

3. Der Landesvorsitzende und der stellvertretende Landesvorsitzende sind die politische Führung des Landesverbandes und repräsentieren den Landesvorstand nach innen und außen. Sie leiten die Entwicklung der politischen Strategie und können politische Sprecher für definierte Themen ernennen.
4. Der Landesvorsitzende ist die organisatorische Führung des Landesverbandes und Leiter der Verwaltung. Er leitet die Organisationsentwicklung und führt alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung.
5. Der Schatzmeister ist die finanzielle Führung des Landesverbandes und leitet die Finanzbuchhaltung. Er ist für die Erstellung des Haushaltsplans verantwortlich und überwacht seine Einhaltung. Er entscheidet über die fachlichen und technischen Richtlinien der Finanzbuchhaltung, die Bankgeschäfte des Landesverbands und der Beitrags- und Spendenverwaltung im Rahmen der Satzung. Er hält ständigen Kontakt zum Bundesschatzmeister.

§ 4 Meetings und Kommunikation

1. Die Mitglieder des Landesvorstandes stehen in ständigem Kontakt zueinander. Das kann per Chat (z.B. Slack), Videochat (z.B. Hangout), per Telefonkonferenz oder physisch geschehen. Über Ergebnisse und Beschlüsse wird jeweils ein Protokoll angefertigt, das den Mitgliedern des Landesverbandes in geeigneter Weise (z.B. Trello) zur Verfügung gestellt wird.
2. Der Vorstand hält in der Regel monatlich, mindestens jedoch alle drei Monate, Meetings ab.
3. Zu virtuellen Meetings wird grundsätzlich mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens einer Woche eingeladen. Einladungen zu physischen Meetings werden grundsätzlich mindestens zwei Wochen vor dem Termin ausgesprochen. Die Einladung erfolgt durch den Vorstandsvorsitzenden, seinen Stellvertreter oder durch ein Vorstandsmitglied, das von ihnen damit beauftragt wurde.
4. Die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, sich zu den entsprechenden Kommunikationsmitteln Zugang zu verschaffen.
5. Vorstandsmeetings finden in der Regel parteiöffentlich statt. Bei berechtigtem Interesse kann eine geschlossene Sitzung einberufen werden.

§ 5 Beschlussfassung und Protokoll

1. Jedes Mitglied des Landesverbandes ist berechtigt Anträge an den Vorstand zu stellen.
2. Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn
 - mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind,
 - sich darunter mindestens der Landesvorsitzende, der Stellvertreter des Landesvorsitzenden oder der Schatzmeister befinden und
 - alle Vorstandsmitglieder über die bevorstehende Beschlussfassung informiert wurden.
3. Sofern nicht anders geregelt, werden alle Entscheidungen im Vorstand mit absoluter Mehrheit getroffen. Die Stimmabgabe geschieht per Handzeichen, Wortmeldung oder einer Reaktion, die eine eindeutige zustimmende, ablehnende oder sich enthaltende Meinung deutlich macht.
4. Für eine Beschlussfassung via Chat gilt eine Entscheidungsfrist von 24 Stunden. Dieser nachträgliche Beschluss muss über ein in § 4 dieser Geschäftsordnung genannten und für alle Vorstandmitgliedern zugängliches Kommunikationsmittel gefasst werden.
5. Beschlüsse des Vorstands sind von einem Vorstandsmitglied bzw. einem beauftragten Protokollanten schriftlich festzuhalten und zu veröffentlichen. Der Protokollant wird jeweils zu Beginn des Meetings festgelegt.
6. Das Protokoll ist den Mitgliedern des Landesverbandes Hessen in geeigneter Weise (z.B. Trello) zeitnah zur Verfügung zu stellen. Nicht anwesende Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, sich im Nachhinein über die gefassten Beschlüsse laut Protokoll zu informieren.

§ 6 Vertretung gegenüber Banken und sonstiger Finanzinstitute

1. Verfügungsberechtigt über die Konten ist in erster Linie der Schatzmeister. Zur Vertretung sind der Vorsitzende und sein Vertreter einzelverfügungsberechtigt.
2. Für die Eröffnung und die Auflösung von Konten ist ein Vorstandsbeschluss notwendig.

- Ende -